



Positionspapier zur Weiterentwicklung der Berufsbildung in Thüringen



*Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Thüringen
Vorstandsbereich Bildungspolitik*

*Deutscher Gewerkschaftsbund Thüringen
Berufliche Bildung*

Die Berufsbildenden Schulen in Thüringen stehen vor großen Herausforderungen, insbesondere durch den demografischen Wandel, der nun auch die Berufsschulen erreicht. Für eine nachhaltige Berufsschulnetzplanung in Thüringen sind dabei verschiedene Aspekte zu diskutieren.

Charakteristisch für die heutige Berufsbildende Schule ist, dass sie Schülerinnen und Schüler aus den verschiedensten Schulformen und Bildungsgängen aufnimmt: Die Gesamtheit reicht von Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss über solche mit Abitur bis hin zu Studienabbrechern und Erwachsenen, die bereits über Berufserfahrungen verfügen. Gleichzeitig finden sich in der Berufsbildenden Schule auch Schülerinnen und Schüler mit besonderen sozialen und familiären Problemlagen, aber auch junge Menschen, die die Zeit bis zu einer Ausbildung im dualen System durch Vollzeitschulformen überbrücken müssen. Neben der dualen Ausbildung ist ein ausgeprägter Bereich vollzeitschulischer Berufsausbildung fester Bestandteil. Aus dieser Entwicklung ergeben sich quantitative und qualitative Forderungen an die Schulen und ihre Lehrkräfte.

Dazu kommt, dass die demografische Entwicklung in Thüringen fast zu einer Halbierung der Schülerzahl bis zum Jahr 2014/15 kommen wird. Dies erschwert - unabhängig von der Anzahl, der Größe und der Verteilung der Schulen im Land Thüringen - die Bildung von Fachklassen und somit eine fachgerechte und hochwertige Ausbildung. Ab dem Ausbildungsjahr 2008/2009 müssen sich die Berufsbildenden Schulen auf die geburtenschwachen Jahrgänge einrichten, was nicht ohne Auswirkungen auf die Schulnetzentwicklung bleiben wird. Bei der Entwicklung des künftigen Netzes Berufsbildender Schulen müssen die Grundsätze einer regionalen Ausgewogenheit sowie Leistungsfähigkeit beachtet werden. Hinzu kommen die originären Aufgaben von Berufsbildenden Schulen an der Schnittstelle zwischen Schule, Berufs- und Arbeitswelt.

Die Vielfalt der Ansprüche und Herausforderungen, mit denen die Berufsbildung konfrontiert sein wird, verlangt ein hohes Maß an Flexibilität. Dieses kann nur gewährleistet werden, wenn beispielsweise die Berufsbildenden Schulen ein eigenes Personal- und Sachkostenbudget vom Land zur Verfügung gestellt bekommen, mit dem sie eigenständig und eigenverantwortlich arbeiten können. Sie werden sich auch als Partner anderer Träger der Aus-, Fort- und Weiterbildung verstehen müssen.

Um all den Anforderungen gerecht zu werden, reichen einfache Lösungen, die sich einseitig auf die demografischen Prognosen oder bestehende Rahmenbedingungen stützen, nicht aus. Im Hinblick auf die Erfordernisse der gesellschaftlichen Entwicklung sowie des Arbeitsmarktes im Allgemeinen und der demografischen Entwicklung im Besonderen ist ein Konzept zur Weiterentwicklung der Berufsbildenden Schulen zu erstellen.

Dabei müssen aktuelle Diskussionen und bereits erarbeitete Konzepte und Regelungen wie z. B. Lebenslanges Lernen, eigenverantwortliche Schule und Lernortkooperation nach dem neuen Berufsbildungsgesetz beachtet werden. Das gemeinsam zu erarbeitende Konzept soll in der Verantwortlichkeit des Thüringer Kultusministeriums in Abstimmung mit den Berufsbildenden Schulen, deren Trägern, den Verbänden und Kammern, der Agentur für Arbeit, den Gewerkschaften und weiteren Bildungsträgern erarbeitet werden. Folgende Maßnahmen müssen Inhalt der Konzepterarbeitung sein:

1. Absicherung eines regional ausgewogenen, bestandsfähigen und leistungsfähigen Netzes von Berufsbildenden Schulen in Thüringen:

- ❖ schulplanerische Vorgaben und Richtlinien für die Schulträger in Bezug auf die sachlichen Ausstattungen, Instandhaltung und Modernisierung
- ❖ ortsnahe Berufsschulbesuche absichern, d.h. Fahrtwege möglichst nicht verlängern
- ❖ Personalplanung und -entwicklung müssen den regionalen Anforderungen/Bedürfnissen entsprechen
- ❖ Entwicklung der einzelnen beruflichen Bildungsgänge und Vollzeitschulformen entsprechend dem Fachkräftebedarf
- ❖ Öffnung der Berufsschulen bzw. Ausbau zu regionalen (Berufs)Bildungszentren mit Angeboten im Rahmen des Lebenslangen Lernens (LLL)

2. Weiterer Ausbau der Eigenverantwortung der Berufsschulen:

- ❖ Zuweisung eines eigenen Sach- und Personalkostenbudgets durchs Land
- ❖ Stärkung der Mitbestimmung der Beschäftigten im Rahmen der Personalvertretung und Schulkonferenz sowie transparente Entscheidungsstrukturen

3. Umsetzung des Berufsbildungsgesetzes (BBiG):

- ❖ Zulassung vollzeitschulischer oder kombinierter Maßnahmen zur Kammerprüfung
- ❖ Stärkung der dualen Ausbildung
- ❖ Anerkennung vollzeitschulischer Abschlüsse bzw. von schulischen Ausbildungszeiten

4. Verbesserung der Ausbildungs- und Arbeitsmarktchancen von Jugendlichen in berufsvorbereitenden Maßnahmen:

- ❖ das Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) muss inhaltlich und praktisch weiterentwickelt werden

5. Mehr doppelqualifizierende Abschlüsse: gleichzeitiger Erwerb einer Berufsqualifikation und der Studienzugangsberechtigung

- ❖ Höhere Berufsfachschulen, Fachoberschulen und Berufliche Gymnasien müssen stärker berufsfeldorientiert zur Nachwuchsgewinnung im ingenieurtechnischen Bereich weiterentwickelt werden

6. Fachgerechte Personalentwicklung:

- ❖ Absicherung eines bedarfsgerechten Einstellungskorridors
- ❖ Aus-, Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte sowie der abgeordneten Lehrkräfte allgemeinbildender Schulen.
- ❖ zeitnahe und gehaltsrelevante Qualifizierung der Seiteneinsteiger in Fachpraxis und Theorie

7. Zielgerichtete Zusammenarbeit von Berufsbildenden Schulen und deren Trägern mit Unternehmen, Kammern, Gewerkschaften und Verbänden, Hochschulen und weiteren Bildungseinrichtungen im Hinblick auf ein ortsnahes, abgestimmtes Aus- und Weiterbildungsangebot.

- ❖ Nutzung der Ressourcen der Berufsschulen für die Weiterbildung von ArbeitnehmerInnen,
- ❖ Praxisbezogene Weiterbildung der Lehrkräfte in den Betrieben

8. Kooperation zwischen allgemeinbildenden Schulen und Berufsschule

- ❖ gegenseitige Hospitationsbesuche der Lehrkräfte
- ❖ Ausbildungsfähigkeit verbessern durch Absprachen zu Stoff –und Lehrplänen
- ❖ Öffnung der Labor –und Praxiswerkstätten der Berufsschule für Schüler der allgemeinbildenden Schulen

Diese Maßnahmen können nur einen ersten Überblick zu den wichtigsten Herausforderungen der Zukunft darstellen und sollten im laufenden Prozess angepasst und variiert werden können.